

II-2868 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1530/J

1991-07-12

ANFRAGE

der Abgeordneten Anschober, Freunde und Freundinnen

an den Bundeskanzler

betreffend Beteiligung Österreichs an Forschungsprojekten im Bereich der Kernfusion

Sowohl auf europäischer als auch auf internationaler Ebene wird derzeit im Bereich der Vorstufen für ein Fusionskraftwerk intensiv geforscht. Ich verweise dazu auf die Projekte JET (Joint European Torus) beziehungsweise NET (Next European Torus) sowie auf das Projekt ITER (International Thermonuclear Experimental Reactor) in Form einer Zusammenarbeit zwischen der EG, den USA, der UdSSR und Japans. Derzeit stehen beide Projekte in München/Garching im Stadium der konkreten Planungsphase. Nach dreijähriger Arbeit, also planmäßig 1991, sollen die Ergebnisse zusammengefaßt werden. Ziel ist, die wissenschaftliche und technische Realisierbarkeit eines somit weltweit ersten Fusionsreaktors zu beweisen. Die Kosten dafür werden auf 70 bis 140 Milliarden öS geschätzt, eine Leistung von 900 MWe soll erbracht werden können. Derzeit ist offensichtlich die Entscheidung über einen konkreten Standort nach Abschluß der Planungsphase in Garching noch nicht gefallen. In Österreich sind jedoch Stimmen vernehmbar, daß österreichisches Bundesgebiet aus mehreren Gründen in Frage kommen könne (IAEA-Sitz, Neutralität, Stromleitungsnetz), sich als ITER-Standort bewerben solle, jedenfalls aber gute Chancen habe, den Standort zugesprochen zu bekommen, -wie auch in der Zeitschrift ÖZE, Jg.43, Heft 1/1990, nachzulesen ist.

Hinlänglich bekannt sind allerdings schon derzeit zahlreiche Hinweise und Warnungen von Wissenschaftlern bezüglich der nicht vorhersehbaren Gefahrenmomente und damit in Verbindung stehender möglicher negativer Auswirkungen auf Mensch und Umwelt durch den Einsatz der benötigten Materialien und eventueller unvorhersehbarer Ereignisse im Fall einer Inbetriebnahme. Grundsätzlich stellt schon die für eine Kernfusion notwendige, zu erreichende Temperatur von rund 100 Millionen Grad Celsius zwecks Zustandekommen der Verschmelzung von Wasserstoff- zu Heliumkernen, ähnlich den Vorgängen in der Sonne, einen Grenzbereich menschlicher Machbarkeit dar. Unumgänglich wäre bei dieser Form der Energiegewinnung der Einsatz von radioaktivem Material und ebenso infolge der einsetzenden Prozesse (Lithium/Tritium) die entstehende Neutronenstrahlung. Aufgrund der benötigten Betriebstemperaturen ist weiters damit zu rechnen, daß die verwendeten Metalle für Tritium durchlässig werden, womit Freisetzungen an die Umwelt nicht auszuschließen sind. Dieser radioaktive Wasserstoff bildet weiters in Verbindung mit Luft explosives Knallgas. Einen zusätzlichen, nicht exakt vorhersehbaren Risikofaktor stellen die riesigen magnetischen Kräfte dar, durch die das Plasma nicht in Kontakt mit der Reaktorwand kommen soll, sie könnten ebendort Risse verursachen. Insgesamt würde auch die riesige stahlmantelte Brennkammer des ringförmigen Torus radioaktiv verseucht, was bei einem

allfälligen Austausch oder Abriß enorme Mengen radioaktiven Mülls entstehen ließe, dessen Entsorgung schon bisher weltweit ein ungelöstes Problem darstellt.

Trotzdem damit gerechnet wird, daß die Kosten der durch Kernfusion erzeugten Energie noch höher sind als vergleichsweise bei der durch Kernspaltung erzeugten Energie, und obwohl unbestreitbar auch bei der Kernfusion eine markante Verbindung zu militärischen Interessen besteht, werden jedes Jahr ungeheure Mengen investiert. Innerhalb der EG werden sogar 56,3% der Forschungs- und Entwicklungsausgaben im Energiesektor (458 MECU) für die Kernfusion aufgewendet. In bescheidenerem Ausmaß ist aber auch Österreich in die Forschung involviert. Noch besteht die Möglichkeit, nach den Erfahrungen aus der unseligen Fehlentwicklung der Kernspaltung, aus der vom Risikopotential her vergleichbaren Kernfusion auszusteigen. Deshalb ergibt sich folgende

ANFRAGE:

1. Gibt es trotz des aus oben angeführten Gründen resultierenden uneinschätzbaren Gefahrenpotentials, ausgehend von der Kernfusion, von österreichischer Seite offizielle oder informelle Anfragen oder Bestrebungen, sich als Standort für das ITER Projekt zu bewerben?
2. Können Sie ausschließen daß, selbst im Falle eines EG-Beitrittes, Österreich ITER-Standort wird, oder sich im Rahmen der Fusionsforschung am Projekt beteiligt?
3. Ist Ihnen der aktuelle Terminplan für die Entscheidung über den Standort bekannt, wenn ja, wann ist mit dieser Entscheidung zu rechnen?
4. Teilen Sie die Einschätzung, daß sowohl im Bereich der Sicherheit als auch der Wirtschaftlichkeit die Auswirkungen der Kernfusion, vergleichbar mit der Energiegewinnung aus der Kernspaltung, nicht einschätzbar sind, und deshalb als zukünftige Energiegewinnungsform ausscheiden muß?
5. Werden Sie sich, vergleichbar mit Ihrer Aussage für ein kernenergiefreies Mitteleuropa, auch gegen die Fusionsforschung und die geplante Energiegewinnung aus der Kernfusion aussprechen, und zwar sowohl auf europäischer als auch auf internationaler Ebene?
6. Werden Sie auch innerhalb Österreichs dahingehend initiativ werden, daß in Hinkunft die Beteiligung an der Kernfusionsforschung oder die diesbezügliche Werkstoffzulieferung nicht mehr möglich ist, beziehungsweise die entsprechenden gesetzlichen Grundlagen dafür geschaffen werden?